

Therapeut*innen im Streik: Gleiches Geld für gleiche Arbeit!



von Wladek Flakin,
Journalist

„Wir sind die Ergos, Masseure, Therapeuten. Wir streiken heute, weil sie uns ausbeuten!“

An der Charité wird wieder gestreikt. Die Therapeut*innen kämpfen gegen Ungleichbehandlung. Etwa die Hälfte von ihnen ist über eine Tochterfirma angestellt, ohne Tarifvertrag. Diese verdienen bis zu 500 Euro weniger als ihre Kolleg*innen, die direkt für das Universitätsklinikum arbeiten – für exakt die gleiche Arbeit!

Bei ihrem ersten Warnstreik lag die Beteiligung bei etwa 70 Prozent. Die Entschlossenheit der Kolleg*innen war erstaunlich. Ohne sie läuft gar nichts im Krankenhaus. Doch die Charité weigert sich bisher, alle Beschäftigte nach den Flächentarifverträgen zu zahlen. „Teile und Herrsche“ ist ihr Motto. Weitere Streiks werden nötig sein.

Ein Krankenhaus ist ein Betrieb und eine Belegschaft – es braucht auch einen Tarifvertrag für alle. Wir fordern die Rückführung aller Tochterunternehmen, bei Charité, Vivantes und allen Landesunternehmen in Berlin. Dafür sollten die Kolleg*innen aller Töchter zusammen mit den Stammbesellschaften zusammen streiken.



Belegschaften sind unteilbar

Eine Viertelmillion Menschen demonstrierten gegen Rechts unter dem Motto: **#unteilbar**. Das bedeutet auch Kampf gegen die Spaltung der Belegschaften durch Outsourcing, Werkverträge und Leiharbeit.

von Lasse Reinboeng,
Arbeiter an der FU

#unteilbar heißt auch, dass die Zerstückelung der Belegschaften in Tochter-, Werkvertrags- und Leiharbeitsbeschäftigte beendet werden muss. Unternehmen werden zerschlagen, um unser Zusammengehörigkeitsgefühl zu zerstören und um die Organisation der Beschäftigten zu verhindern. Unternehmen werden in verkaufsfertige Häppchen fragmentiert, um beim kleinsten Aufbegehren mit Verkauf oder Schließung drohen zu können.

Wer soll sich in so einer unübersichtlichen Unternehmensstruktur eigentlich noch zurecht finden? Die Politiker*innen der Parteien, die das möglich gemacht haben, sind deshalb Teil der Entsolidarisierung – und auch Teil des Rechtsrucks im Land! Heiko Maas zum Beispiel sollte – wenn er sich schon mit den

#unteilbar-Demonstrierenden solidarisiert – überdenken, ob seine Partei nicht auch dazu beigetragen hat, den Nährboden zu schaffen, auf dem es Parteien wie die AfD leicht haben, sich auszubreiten.

Gegen Rechts = Gegen Ausbeutung

Wir erleben häufig, dass zum Beispiel Reinigungskräfte durch Outsourcing von der Belegschaft abgespalten werden – das ist eine Beschäftigtengruppe, die durch einen hohen Anteil von Frauen und Migrant*innen geprägt ist. Sie bräuchten Rückendeckung der Stammbesellschaft. Man muss sich vorstellen: Diese Arbeiter*innen haben in so einem zersplitterten Unternehmen nicht mal mehr einen rechtlichen Rahmen, um mit allen anderen Beschäftigten eine Betriebs- oder Personalversammlung durchführen zu können, um

sich auszutauschen. Das ist das Gegenteil von Solidarität und für die Migrant*innen das Gegenteil von Integration.

Die AfD ist im Übrigen laut ihrem Grundsatzprogramm ebenfalls für eine nahezu vollständige Privatisierung der BRD – spricht für die Spaltung staatlicher Unternehmen. Da ist sie unter den etablierten Parteien in bester Gesellschaft.

Der Neoliberalismus als Wegbereiter setzt längst in die Tat um, was die AfD noch hinter vorgehaltener Hand fordert. Dessen Befürworter*innen dulden seit Jahren, dass engagierte Betriebs-, Personalräte und Gewerkschafter*innen unterdrückt und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten unterjocht werden. Es gibt hierzu eine ganze Industrie, die Arbeitnehmer*innenvertretungen angreift, ohne dass unsere Regierung das überhaupt zur Kenntnis nehmen will.

Gegen Rechts kämpfen heißt deshalb auch immer gegen soziale Ausbeutung, Lohndrückerei und Neoliberalismus kämpfen! Wer den Neoliberalismus unterstützt, hat seinen Anteil am Rechtsruck.



VSG: Der Kampf geht weiter!

von Fritz Weinegg

51 Tage lang waren die Kolleg*innen der Vivantes Service GmbH im Streik. Ihre Forderung lautete: TVöD für alle! Denn der TVöD gilt im Mutterkonzern Vivantes, aber nicht für die Tochterfirma VSG.

Das Ergebnis ihres Kampfes ist gemischt. Einerseits bekommen die Kolleg*innen zum ersten Mal einen Tarifvertrag, und dazu bedeutende Lohnerhöhungen.

Andererseits bleiben ihre Löhne weit unterhalb der Flächentariflöhne. Outsourcing und Tarifflicht wird es in diesem öffentlichen Krankenhauskonzern weiterhin geben. Und das, obwohl der rot-rot-grüne Senat versprochen hat, dass in landeseigenen Tochterunternehmen Tariflöhne bezahlt werden sollen. Alle Beschäftigten im Krankenhaus müssen zusammenhalten, damit alle auch Tariflöhne erhalten!

Drei Flugblätter von **unsere klasse** und weitere Artikel zum Streik: www.klassegegenklasse.org



Was für eine Gewerkschaft brauchen wir?

ver.di diskutiert über Strukturreformen – wir haben fünf Vorschläge dafür.



von Bastian Schmidt,
Jurist und Gewerkschafter

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft diskutiert über Strukturreformen. Nächstes Jahr geht unser Vorsitzender nach fast 20 Jahren in Rente. Die Frage stellt sich, wie unsere Gewerkschaft demokratischer, durchsetzungsfähiger und kämpferischer werden kann.

Viele von uns haben Erfahrungen mit mangelnder Demokratie bei ver.di gemacht. Wir wollen gemeinsam streiken – doch wir müssen zuerst den Bundesvorstand überzeugen. Wir denken, dass die Basis solche Entscheidungen am Besten treffen kann.

Versammlungen

Ob oder wie gestreikt wird, entscheidet der ver.di-Bundesvorstand. Doch wie demokratisch ist das eigentlich? Immerhin sind es doch wir Beschäftigte, die jeden Tag im Betrieb sind. Wir reden jeden Tag mit Kolleg*innen. Wir kennen die Betriebsabläufe und die Probleme am Besten. Deshalb sollten wir auch entscheiden.

Dafür brauchen wir Versammlungen aller Beschäftigten, in denen demokratisch abgestimmt wird, ob man in den Arbeitskampf gehen soll oder nicht. Diese Versammlungen muss es auch während des Streiks geben. Diskussionen über Streikerfahrungen, über Ideen und Probleme der Auseinandersetzungen helfen der gesamten Belegschaft.

Direkte Wahl

Bundesvorstand und Sekretär*innen werden nicht

direkt von uns gewählt – warum eigentlich nicht? Wir wollen damit niemanden persönlich in die Pfanne hauen. Doch am Ende geht es darum, unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern und unsere Löhne anzuheben.

Deshalb müssen wir bestimmen dürfen, wer uns in Verhandlungen mit den Bossen vertritt und wer den Streik leitet. Alle Funktionär*innen sollten direkt gewählt werden – und auch jederzeit abwählbar sein. Nur wer uns gegenüber rechen-schaftspflichtig ist, wird auch unsere Interessen vertreten.

Arbeiter*innenlohn

Gewerkschaftsfunktionär*innen in Deutschland verdienen ein Vielfaches mehr als einfache Beschäftigte. DGB-Chef Reiner Hoffmann bekommt 13.500 Euro im Monat – beim ver.di-Bundesvorstand sind es 17.000 Euro. Selbst durchschnittliche Sekretär*innen kommen noch auf 4.500 Euro brutto Monatsgehalt oder mehr.

Allein damit nehmen sie eine privilegierte Position gegenüber uns Beschäftigten ein. Denn ihr Monatsgehalt ist nicht daran geknüpft, ob der Streik Erfolg hat oder nicht. Deshalb fordern wir, dass Funktionär*innen einen durchschnittlichen Arbeiter*innenlohn erhalten.

Rotation

Zwei Jahrzehnte auf einem Posten ist zu viel – zwei Jahre sollte das Maximum sein. Nur so können wir verhindern, dass sich eine Bürokratie verselbstständigt. Denn natürlich ist es ein Privileg,



die Gewerkschaft vertreten zu dürfen. Dieses Privileg müssen wir durch regelmäßige Rotation begrenzen.

Es gibt auf der Welt Gewerkschaften, deren Vorsitzende aus den Belegschaften gewählt werden, und nach zwei Jahren im Amt wieder an ihren ursprünglichen Arbeitsplatz zurückkehren.

Solidarität

Wir müssen die unsägliche Spaltung in Mutter- und Tochterfirmen überwinden. Diese Spaltung dient nur unseren Bossen. Sie umgehen damit Tarifverträge oder drücken die Löhne der gesamten Belegschaft. Deshalb müssen Beschäftigte eines Betriebs für gemeinsame Forderung gemeinsam streiken. Wenn die Therapeut*innen der CPPZ für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, sollten auch alle anderen Beschäftigten der Charité mitstreiken. 15.000 Kolleg*innen können zusammen mehr Druck ausüben als 70.

Deutschlands Geschichte braucht einen Kreislaufkollaps!

Vor 100 Jahren haben Arbeiter*innen in Deutschland eine Revolution gemacht. Wäre es nicht Zeit für eine neue?

von Fritz Weinegg,
Krankenhausbeschäftigter

1918

Ende 1918 ist das Kaiserreich am Ende. Der bis dahin regierende Adel ist zu träge, um auf die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen zu reagieren. Der mit ihm einher schreitende Militarismus ist durch den erfolglosen Krieg geschwächt. Dieser Krieg hat sich zu einem Gemetzel bisher nie bekannten Ausmaßes entwickelt. Die Bevölkerung hungert.

In Folge davon gewinnt die SPD immer mehr an Zulauf. Es kommt zu massiven Streiks in den Fabriken, Aufständen der Matrosen und zur Bildung von basisdemokratischen Arbeiter- und Soldatenräten. Das führt zur Absetzung des Kaisers. Deutschland wird kurzzeitig räterepublikanisch von der arbeitenden Bevölkerung geführt.

Leider stehen die Arbeiter*innen ohne wirkliche politische Führung dar. Spartakusbund (später KPD) und USPD sind sich uneins. Die SPD übernimmt das Zepter. Zu blöd, dass an deren Spitze schon damals eher bürgerlich, kleinkarierte Personen wie Friedrich Ebert sitzen. Für diese Clique ist die entstandene Räterepublik ein Fiasko. Sie braucht zwar deren Massen zur Erhaltung ihrer Macht. Aber ihre Vorstellung von einem „neuen“ Deutschland entspricht eher der des alten Deutschlands. Mit dem Zusatz einer anerkannten

SPD als mitbestimmender Partei dürfte in ihren Vorstellungen sogar die Monarchie zurückkehren.

Um dieses Ziel zu verfolgen, hat die Führung der SPD die Novemberrevolution von 1918 mehrmals verraten und das Vertrauen der Massen in „ihre Führung“ missbraucht.

Mit Hilfe der ebertschen Sozialdemokratie werden reaktionäre Kampfverbände gegründet. Diese schießen die Novemberrevolution blutig zusammen und bilden später den Grundstock der SA und SS im dritten Reich.

2018

Auch heute steckt Deutschland in einer politischen Krise. Trotz vorhandener Staatsmilliarden und einer guten Wirtschaftskonjunktur sind die regierenden Parteien unfähig zu handeln. Auf kommunaler Ebene sind die Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge durch das Diktat der Schuldenbremse nahe am Zusammenbruch. Was nutzen Milliarden Steuergulden, wenn es keinen funktionierenden Apparat mehr gibt, der das Geld in die Infrastruktur investieren kann.

Auf Bundesebene werden die Einnahmen für die Waffen-, Auto- und Finanzindustrie verballert. Bei Bildung, Gesundheit und sozialem Wohnungsbau bleibt es aber immer heikel zu investieren. Dort wird durch die Hintertür privaten Investor*innen der Weg geebnet.

Eine Partei, die sich „die Linke“ nennt, streitet sich mit der SPD um den sozialdemokratischen Platz in Deutschland, der ihr eigentlich nicht zusteht – weil Links links sein sollte. Die SPD wiederum rangelt sich mit der rechtskonservativen CDU um den Platz „der Mitte“. Beide Parteien treten sich hier mit den kleinbürgerlich, spießigen Grünen und der kapitalverherrlichenden FDP gegenseitig auf die Füße. Hier herrscht im Grunde absolute Einigkeit: Der Öffentlichkeit werden zwar unterschiedliche Standpunkte vorgegaukelt, aber das *handeln* ist absolut das Selbe.

Eindrucksvoller als Olaf Scholz (SPD) kann man das nicht ausdrücken: „*Ein deutscher Finanzminister bleibt ein deutscher Finanzminister!*“

Durch das mittige Parteienkuscheln entsteht Rechts und Links ein Vakuum, also ein Loch. Die rechten Löcher werden nun von der AfD bedient. Wo diese hinwollen, macht die Online-Plattform gegen „zu linke“ Lehrer*innen in Hamburg deutlich. Deutschland rüstet wieder mit denunzierenden „Blockwarten“ auf. Diese Partei favorisiert die Militarisierung Deutschlands. Gleichfalls soll alles, was nicht niet- und nagelfest ist, an das Kapital verhökert werden.

Links bleibt es leer – unentschlossen wie 1918.

Schluss

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeiter*innen ist nicht durch Sozialpartner*innenschaft überbrückbar. Bei jedem Versuch, Kompromisse

mit dem Kapital zu schließen, verlieren wir oder wir werden verraten.

Bei Kompromissen, zieht sich das Kapital nur kurzfristig und scheinbar zurück – um kurz darauf brutaler und hinterhältiger zu zuschlagen. Als letztes Mittel bleibt ihnen immer noch der Faschismus, denn der ändert nichts am kapitalistischem System, sondern macht dieses durch seine Unmenschlichkeit sogar noch Gewinnbringender.

Bevor das aber nicht in den meisten Köpfen angekommen ist, werden wir weiter verlieren müssen – schlimmer noch, wir drehen uns geschichtlich im Kreis. Wenn sich Geschichte nicht wiederholen soll brauchen wir unser eigenes Bewusstsein, Denken und schlussendlich gemeinsames Handeln. Wir brauchen eine linke Partei, die kompromisslos für die Interessen der Arbeiter*innen eintritt.

Alle Macht
den
A.S.-Räten

National-
Versammlung

Revolutionäre Obleute

Vor 100 Jahren führte ein Netzwerk aus Berliner Arbeiter*innen die Revolution. Sie könnten ein Vorbild für uns heute sein.



von Aimo Tügel,
U-Bahn-Fahrer

Vor hundert Jahren bebte die Welt. Eine Massenbewegung der Arbeiter*innen fegte die deutschen Monarchen von ihren Thronen. In ganz Deutschland übernahmen „Arbeiter- und Soldatenräte“ die Kontrolle. Ein Netzwerk aus Berliner Arbeiter*innen verschiedener Betriebe hatte die revolutionäre Massenbewegung maßgeblich vorbereitet und initiiert: Die „Revolutionären Obleute“.

Während die Gewerkschaftsführungen im Krieg einen „Burgfrieden“ geschlossen hatten, organisierten die Kolleg*innen an der Basis den zunehmenden Widerstand. Diese Betriebsaktivist*innen standen schließlich an der Spitze der kurzlebigen Räteherrschaft. Sie versuchten (vergeblich), Räte macht und die Vergesellschaftung der Wirtschaft durchzusetzen.

Die antikapitalistischen Obleute waren die stärksten Gegenspieler*innen für die sozialpartnerschaftlichen SPD- und Gewerkschaftsbürokratien. Sie sind heute trotzdem relativ unbekannt. Die sozialdemokratische wie auch die stalinistische Erinnerungspolitik fixiert sich auf Eberts SPD und Karl Liebknechts Spartakusbund (KPD). Dabei war der Spartakusbund in Betrieben und Räten schwach. Rosa Lux-

emburg und Karl Liebknecht standen beim Rätekongress ohne Mandat vor der Tür.

Die in den Betrieben verankerten „Revolutionären Obleute“ waren demgegenüber keine richtige politische Organisation, sondern als Netzwerk von Basisgewerkschafter*innen ein politisch relativ bunter Haufen. Viele Kolleg*innen hatten fatale Illusionen in die Regierungssozialist*innen. Wegen ihrer Verankerung in den Betrieben und trotz ihrer politischen Unklarheit waren die Obleute an die Spitze der Rätebewegung. Ihre Anführer*innen versuchten zu improvisieren, um irgendwie die Arbeiter*innen-Interessen durchzusetzen.

Gegenrevolution

Der bürokratische Apparat von Ebert, Scheidemann, Noske und Legien verstand es, durch Manöver die Revolution auf halbem Weg zu stoppen. Im Hinterzimmer paktierten sie mit kaiserlichen Militärs und Industriellen. In der Öffentlichkeit erklärten sie: „Der Sozialismus marschiert!“ und sprachen von der Einheit der Linken.

Ströme von Arbeiter*innenblut waren das Taufwasser der Weimarer Republik, in der die Banken und Konzerne weiterhin den Ton angaben. Von der Räterepublik blieben nur die Betriebsräte übrig, allerdings ihrer Macht großteils beraubt. Ein ereignisreiches Jahrhundert später sollten wir die heldenhaften Kolleg*innen der Obleute vom Schleier des Vergessens befreien.

Neue Obleute

Dieser Blick in die Vergangenheit soll nicht leer sein. Die antikapitalistischen Basisaktivist*innen von damals können für uns antikapitalistische Basisaktivist*innen von heute ein echtes Vorbild sein. Aber nicht per „copy & paste“.

Auch heute müssen wir Arbeiter*innen gegen Stellvertretungslogik in Gewerkschaft und Politik ankämpfen. Es gibt nämlich auch heute in beiden Sphären ein schwerwiegendes Bürokratie-Problem: Das Sagen haben gebliche „Profis“, die einem extremen Anpassungsdruck durch die etablierten Institutionen ausgesetzt sind.

Es ist klar, dass unsere Hauptarbeit im Betrieb mit den Kolleg*innen stattfindet. Aber wir, die den zerstörerischen Kapitalismus beenden und eine wirklich demokratische Gesellschaft erreichen wollen, sollten schon jetzt beginnen, uns als antikapitalistische und antibürokratische Arbeiter*innen auch politisch zusammenzutun. Nur so können wir effektiv auch über gesellschaftliche Grundfragen reden – und die gewerkschaftliche Tagesarbeit mit deren logischer politischer Konsequenz verbinden.

Deswegen vernetzen wir uns als antikapitalistische Betriebsaktivist*innen gewerkschaftlich und politisch. Zur gemeinsamen Schulung, Organisation und Aktion. Es gibt Bedarf für neue revolutionäre antikapitalistische Obleute.

Frauenstreik am 8. März '19



von Lilly Freytag,
HTW-Mitarbeiterin



Am 8. März gab es dieses Jahr einen Frauenstreik im spanischen Staat. 5,9 Millionen Menschen gingen gegen Sexismus und Diskriminierung auf die Straße.

Warum nicht auch in Deutschland? Auch hier verdienen Frauen weniger als Männer für die gleiche Arbeit und müssen häufiger in Teilzeit arbeiten. Auch hier gibt es sexualisierte Gewalt und Frauenmorde.

Am 8. März 2019 soll es in Deutschland und anderen Ländern einen Frauenstreik geben. Am 10.-11. November versammelten sich 300 Aktivist*innen in Göttingen, um die Aktion vorzubereiten. Darunter waren prekär Beschäftigte, Studentinnen und geflüchtete Frauen. Viele von uns haben schon Erfahrungen in Arbeitskämpfen gesammelt, etwa bei den studentischen Hilfskräften.

Alle Arbeiter*innen haben ein Interesse daran, gegen Sexismus zu kämpfen – durch Diskriminierung wird unsere Klasse gespalten und gegeneinander ausgespielt. Davon profitieren die Kapitalist*innen.

Schon bei den letzten Arbeitskämpfen in Berlin hat sich immer wieder gezeigt, dass Arbeiterinnen in der ersten Reihe stehen. Jetzt wollen wir mit dem Mittel des Streiks für unsere Forderungen kämpfen, etwa für mehr Personal im Krankenhaus oder für bessere Kinderbetreuung.

*Dieses Flugblatt wird von und für Arbeiter*innen gemacht, in Zusammenarbeit mit der Online-Zeitung:*

KLASSEGEGENKLASSE.org

tägliche Nachrichten der revolutionären Linken

unsereklasse@klassegegenklasse.org | fb.com/KlasseGegenKlasse | ViSdP: R. Müller, Hafenstr. 17, Hamburg